Lebenshaus Schwäbische Alb
Gemeinschaft für soziale Gerechtigkeit, Frieden & Ökologie e.V.

Rundbrief

Liebe Freundinnen und Freunde,

beunruhigende Zeiten, in denen wir gegenwärtig leben. Nach der Wahl von Donald Trump als neuem US-Präsident haben die Wissenschaftler der „Bulletin of Atomic Scientists" (BAS) entschieden: Die Gefahr eines Weltuntergangs ist gestiegen, vor allem aufgrund von Atomwaffen und dem Klimawandel. Seit Anfang 2015 stand die so genannte Weltuntergangsuhr bei drei Minuten vor Zwölf. Diese Uhr soll zeigen, wie nah die Welt am Abgrund steht. Nun wurde der Zeiger der Uhr auf 2 ½ Minuten vor 12 vorgerückt. Das erste Mal seit 64 Jahren, dass sie so nah an Mitternacht steht. Als Begründung für ihre Entscheidung nennen die Wissenschaftler der „Bulletin of Atomic Scientists", dass der neue US-Präsident aufgrund seiner Äußerungen über eine Aufrüstung, den Einsatz und die Verbreitung von Atomwaffen, eine bereits ohnehin instabile Lage verschlimmert habe. Hinzu komme seine Ablehnung des wissenschaftlichen Konsenses zum Klimawandel. Zum anderen bewerten sie den weltweiten Aufstieg des Nationalismus im letzten Jahr als weitere Bedrohung.

Trump und die Atomwaffen

Natürlich ist es äußerst beunruhigend, zu wissen, dass sich der Atomkoffer, mit dem der amerikanische Präsident den Einsatz von Atomwaffen autorisieren kann, immer in unmittelbarer Nähe eines extrem impulsgesteuerten Donald Trump befindet. So hat Trump ja bereits mehr als deutlich offenbart, dass eine seiner grundlegenden Kommunikationsstrategien die aggressive Herabsetzung, Entwertung und Verletzung von anderen ist. Da er gleichzeitig extrem leicht narzisstisch kränkbar ist, reagiert er auf Kritik in Fragestellungen außerordentlich dünnhäutig und antwortet mit einem aggressiven Gegenangriff. Sein Motto: „Angriff ist die beste Verteidigung".

Der Psychoanalytiker Hans-Jürgen Wirth beschäftigt sich seit Langem mit dem Zusammenhang von „Narzissmus und Macht". Er hält Trump für einen extrem gefährlichen Präsidenten der USA und meint: „*Er ist unfähig, seine Affekte zu regulieren. Wenn ihm eine Laus über die Leber läuft, flippt er aus. Trump als Herr über Atomwaffen ist eine Horrorvorstellung.*" Und Bruce Blair, der in den 1970er-Jahren für die US-Armee das Verfahren für den möglichen Abschuss von Atomwaffen kontrollierte, sagt im Interview mit dem *Spiegel*: „*Trumps Finger auf dem Atomkoffer macht mir Angst. Ich habe keinerlei Vertrauen in Trumps Urteilskraft, was Krieg und Frieden angeht. Er ist impulsiv. Er ist aggressiv, schlecht oder falsch informiert. Er weiß praktisch nichts über Atomwaffen oder internationale Beziehungen. Er ist ein Hitzkopf. Er denkt nicht. Er will nicht lernen. Und er hat gezeigt, dass er die Welt in Gewinner und Verlierer einteilt. Ganz ehrlich: Ich lebe in Angst. Ich fürchte, irgendwann trifft Trump eine schlechte Entscheidung, was Atomwaffen angeht.*"

Aus dem Inhalt

- **Nachrichten**
- **Einladung Mitgliederversammlung**
- **Abschiebungen nach Afghanistan sind skrupellos**
- **Wege suchen und sich vortasten**
- **2 Berichte von afghanischen Geflüchteten**
- **Protestbrief an Kanzlerin wegen Abschiebungen nach Afghanistan**
- **Realität und alternative Fakten zu Abschiebungen**



Demonstration gegen Abschiebungen nach Afghanistan am 23.01.2017 am Frankfurter Flughafen.
Foto: Protestfotografie.Frankfurt

Es ist nicht nur die künftige Atomwaffenpolitik von Donald Trump, die völlig unberechenbar ist. Diese aber auch. Dabei verfügen die USA immer noch über mehr als 4.000 Atomsprengköpfe, hunderte davon sind in ständiger Alarmbereitschaft. Deren Einsatz würde zu einer unvorstellbaren humanitären Katastrophe führen.

Steve Bannon, das Hirn der Trump-Präsidentschaft, hat Krieg im Sinn

Alles andere als beruhigend ist ebenfalls, dass Steve Bannon, Chefstratege von Präsident

92
März 2017
24. Jahrgang

Trump, den großen Krieg denkt und ihn gleich an zwei Fronten kommen sieht. Bannon hat bis August 2016 die rechtsradikale Agitprop-Plattform „Breitbart" geleitet. Dort erklärte er in der Sendung vom 10.3.2016: „*Wir ziehen im Südchinesischen Meer in fünf bis zehn Jahren in den Krieg, zweifellos*". Der Anlass sei Pekings Anspruch auf das Meer in seiner Gänze. Darin sieht Bannon eine amerikanische Angelegenheit, die Herausforderung der pazifischen Großmacht USA durch die Chinesen.

Die zweite Front, an der Chefstratege Bannon den Krieg kommen sieht, ist der gegen „den Islam". „*Wir befinden uns in einem Krieg*", sagte Bannon in der „Breitbart"-Sendung vom 27.11.2015. „*Es ist klar, dass wir, so denke ich, wieder auf einen großen heißen Krieg im Nahen Osten zugehen*". Das denken und wünschen sich offensichtlich viele fundamentalistischen Christen namentlich in den USA, welche aus der biblischen Apokalypse eine bevorstehende Endschlacht im Nahen Osten ableiten, mit Israel im Mittelpunkt. Zwei Kriege also, die sich im Kopf von Steven Bannon zu einem Ganzen fügen: „*Wir haben einen expansionistischen Islam und ein expansionistisches China. Sie sind motiviert. Sie sind arrogant. Und die judaeochristliche Welt ist auf dem Rückzug.*" Und alles gehört zusammen: „*Es gibt etwas, vor dem die Chinesen mehr Angst haben als Amerika und der Kapitalismus*", sagte er in der „Breitbart"-Sendung vom 25.2.2016 „*und das ist das Christentum*". Die Welt im Weißen Haus scheint schlicht zu sein. Und brandgefährlich. Bannon wurde inzwischen durch Trump auch noch zum Mitglied des Nationalen Sicherheitsrates ernannt, einem Gremium, das den US-Präsidenten über Krieg und Frieden berät.

Braucht Deutschland Atomwaffen?

Seit Trump Prinzipien der NATO in Frage gestellt hat, gibt es in Deutschland Stimmen, die laut über eigene Atomwaffen nachdenken. Anfang Februar hat das als regierungskritisch und linksliberal geltende ARD-Magazin „Panorama" eine „*offene Debatte*" über eine „*deutsche Atombombe*" angemahnt. Zur Begründung hieß es, „*kein Staat*" könne derzeit „*sicher*" sein, dass die USA unter ihrem Präsidenten Donald Trump „*bedingungslos andere NATO-Verbündete verteidigen*". Um Russland in dieser Situation durch „*Abschreckung*" von einem Angriff auf Mitglieder der Militärallianz abzuhalten, brauche es Nuklearwaffen in nationaler Verfügungsgewalt, erklärten die Sendungsmacher. Zahlreiche Experten aus Politik, Medien und Think Tanks haben sich ähnlich geäußert. Unterschiedliche Auffassungen bestehen lediglich hinsichtlich der Frage, ob das atomare Kriegspotential den militärischen Gremien der EU oder der Bundesregierung unterstehen soll.

Solche Impulse sind alarmierend und fahrlässig. Die Annahme, „mehr Atomwaffen" brächten „mehr Abschreckung" und würden „mehr Sicherheit" bedeuten, ist falsch. Vielmehr sind Atomwaffen tickende Zeitbomben.

Auf dem Fliegerhorst Büchel (Eifel) lagern noch immer ca. 20 US-Atomwaffen. Bisher war geplant, diese durch weiter entwickelte und zielgenauere Typen zu ersetzen, womit die Hemmschwelle für einen Atomwaffeneinsatz sinkt. Dies ist eine klare nukleare Aufrüstung, die von der deutschen Regierung unterstützt wird und an der sich Deutschland finanziell beteiligen soll. Ob das unter Trump noch gilt, bleibt abzuwarten.

Hoffnungszeichen

Es ist zu hoffen, dass immer mehr Menschen aufwachen und erkennen, dass die Atomwaffen uns nach wie vor bedrohen. Und dass sie dann ihre ablehnende Meinung deutlich zum Ausdruck bringen.

Eine Handlungsmöglichkeit ist die Unterstützung des Appells der Kampagne „Büchel ist überall. Atomwaffenfrei.jetzt". Dieser richtet sich an die gesamte Zivilgesellschaft, sich den Denkmustern und Strategien für mehr Abschreckung zu widersetzen und appelliert an die Bundesregierung, sich tatkräftig für den Abzug der Atomwaffen aus Büchel und für die weltweite atomare Abrüstung einzusetzen. Sowie die im März bei den Vereinten Nationen beginnenden Verhandlungen über ein Atomwaffenverbot zu unterstützen.

Diese Verhandlungen sind zustande gekommen durch eine neue Initiative zu einem völligen Atomwaffenverbot, die vor allem von Ländern des Globalen Südens und der weltweit vernetzten Zivilgesellschaft vorangetrieben wurde. Im Dezember hat die Generalversammlung der UN in New York beschlossen, über ein Atomwaffenverbot zu verhandeln. Dieser Mehrheitsbeschluss war auch eine Rebellion gegen die Ordnungsmächte des 20. Jahrhunderts. Die Staaten Lateinamerikas, Afrikas und des asiatischen und pazifischen Raums setzten sich gegen den Widerstand Russlands, der USA und ihrer Verbündeten durch. Die Atommächte China, Indien und Pakistan enthielten sich. Die UN-Verhandlungen für ein völkerrechtliches Verbot von Atomwaffenverbot beginnen nun am 27. März 2017 in New York. Mit einem Vertrag zur internationalen Ächtung von Atomwaffen würde eine Lücke im Völkerrecht geschlossen: Atomwaffen sind die einzigen Massenvernichtungswaffen, die noch nicht verboten sind. Ein Verbot könnte ein wichtiger Schritt sein, um die atomare Abrüstung wieder in Gang zu bringen. Ein kleines Hoffnungszeichen immerhin!



Übrigens hatte Deutschland bereits bei der UN-Abstimmung im Dezember gegen die Verhandlungen gestimmt und jetzt auch eine Teilnahme an den Verhandlungen abgesagt. Damit hat die Bundesregierung die Hoffnung von Atomwaffengegnern enttäuscht, sie würde zumindest konstruktiv mitverhandeln. Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass 93% der deutschen Bevölkerung für ein Verbot von Atomwaffen sind (Forsa-Umfrage 2016) und die überwältigende Mehrheit der Staatengemeinschaft sich für ein Verbot ausgesprochen haben, ist der Boykott der Verhandlungen ein Skandal.

Abschottung: Elegant oder Trump

Bundeskanzlerin Merkel sah sich veranlasst, Präsident Trump nach seiner Ankündigung zum Ausbau der Mauer an der Grenze zu Mexiko über die Genfer Flüchtlingskonvention belehren zu müssen. Ausgerechnet Frau Merkel! Dabei ist sie die maßgeblich treibende Kraft bei der Abschottung der EU vor Migrantinnen und Migranten. Ramona Lenz von *medico international* hat dies in einem Artikel auf den treffenden Titel gebracht: „Abschottung: Elegant oder Trump". Die Abschottung der EU ist kein Deut besser als Trumps angekündigter Mauerbau. Bevor die Bundesregierung im Sommer 2015 aus der Not eine Tugend gemacht und massenhaft Flüchtlinge aufgenommen hat, sind Zehntausende an der Abschottungspolitik der EU gestorben. Auch im Jahr 2016 sind mehr als 5.000 Menschen im Mittelmeer ertrunken. In aktionistischer Manier werden nun immer neue Maßnahmen erdacht und beschlossen, um geflüchtete Menschen möglichst von der EU und Deutschland fernzuhalten. Oder sie wieder loszuwerden. Es wurden z.B. Rücknahme-Abkommen mit der Türkei und mit Afghanistan geschlossen, deren Ziel es ist, dass diese Staaten ihre Bevölkerung und Flüchtende aus anderen Ländern daran hindern, in die EU zu kommen. Mit Geld und Technik an Libyen will die EU eine Art Doppelmauer gegen Flüchtlinge bauen - für Flüchtlingsabwehr im Mittelmeer und für Grenzanlagen an der südlichen Grenze des Landes. Mit einer verschärften „Rückkehrpolitik" soll Deutschland von einem Aufnahmeland zu einem Abschiebeland werden. Und, und, und, …

Es ist entsetzlich, sehen zu müssen, dass das Leben von hunderttausenden Menschen auf der Flucht durch die Abschottungspolitik Europas bedroht ist. Und wie zudem Demokratie und Menschenrechte angesichts menschenfeindlicher Entwicklungen in Europa inhaltsleer werden.

Geflüchtete sind nicht das Problem…

Es gibt nur wenige Länder auf dieser Erde die als ähnlich gefährlich, zerrüttet, instabil gelten wie Afghanistan. Und trotzdem ist die Bundesregierung eisern entschlossen, Massenabschiebungen dorthin vorzunehmen. Im Dezember ist damit begonnen worden. Wir haben hier vor Ort mit einer ganzen Gruppe von Geflüchteten aus Afghanistan zu tun. Dadurch erleben wir mit, von welchen Ängsten sie geplagt werden bei dem Gedanken, sie müssten zurück nach Afghanistan. Wir berichten in diesem Rundbrief ausführlich von afghanischen Geflüchteten und Initiativen gegen Abschiebungen und für eine Bleibeperspektive.

Als *Lebenshaus Schwäbische Alb* treten wir seit jeher für die Bewegungsfreiheit und das Bleiberecht von Migrantinnen, Migranten und Geflüchteten ein. Denn das Problem sind aus unserer Sicht nicht die Menschen, die aus den Kriegs- und Armutsregionen der Welt fliehen, sondern die Zerstörungen und das Chaos, welches durch die Kriege der NATO-Staaten im ehemaligen Jugoslawien, in Afghanistan, im Irak und Libyen und durch die westliche Unterstützung von Dschihadisten angerichtet wurde. Und eine absolute Katastrophe ist die ausbeuterische Welthandelspolitik der westlichen Staaten und ihrer multinationalen Konzerne, welche den Menschen in den Ländern des Südens die Lebensgrundlagen zerstört und sie dazu zwingt, vor dem Elend und der Armut in ihren Heimatländern zu fliehen.

Solange sich also daran nichts ändert, werden Menschen zu uns flüchten und migrieren – und das ist ihr gutes Recht. Und solange werden sie uns mit ihrer Botschaft konfrontieren: „Wir sind hier, weil Ihr unsere Länder zerstört!"

Wir wollen unbedingt festhalten an der Hoffnung auf eine Welt, in der alle Menschen gut leben können und die Erde lebensfähig bleibt. Eine Welt, in der nicht Konkurrenz und Rücksichtslosigkeit, nicht kapitalistischer Raubbau an Mensch und Natur, sondern Mitgefühl und Solidarität sowie die Entwicklung einer sozial gerechten, ökologisch überlebensfähigen, gewaltfreien Gesellschaft im Mittelpunkt stehen. Konkrete Ansatzpunkte für die Arbeit an solch einer Utopie sehen wir unter anderem im Mut der Geflüchteten, die Grenzen überwinden und im solidarischen Einsatz vieler anderer Menschen: in der konkreten Unterstützung von Geflüchteten vor Ort, beim Protest gegen die Abschottungspolitik und gegen Abschiebungen, in der Organisation von Kirchenasylen, … Und natürlich überall dort, wo an der Überwindung der Fluchtursachen gearbeitet wird.

Herzliche Grüße

Euer / Ihr



Michael Schmid

Stärken Sie *Lebenshaus Schwäbische Alb* für sein weiteres Engagement

Wir wollen uns weiter für gerechten Frieden und eine lebensfähige und lebenswerte Mitwelt engagieren. Dafür bitten wir um Ihre/Deine Unterstützung. Denn *Lebenshaus Schwäbische Alb* ist für sein gesamtes Engagement fast ausschließlich auf Spenden und Mitgliedsbeiträge angewiesen. Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit, Aktionen und Veranstaltungen, die Unterstützung von Menschen in schwierigen Lebenssituationen, Personalkosten für eine 30-Prozent-Teilzeitstelle und einen Minijob sowie möglichst Abbau von Schulden durch das *Lebenshaus*-Gebäude erfordern erhebliche Finanzmittel.

Jede Spende – groß oder klein - und jede Fördermitgliedschaft hilft! Und zinslose Darlehen sind ebenfalls nützlich.

Nachrichten aus dem Lebenshaus



Tagung im Herbst 2017

Bereits zum fünften Mal bereiten wir für diesen Herbst wieder eine Tagung „'We shall overcome!' Gewaltfrei aktiv für die Vision einer Welt ohne Gewalt und Unrecht" sowie weitere Programmpunkte vor. Konkret geht es um das Wochenende 14./15 Oktober 2017.

Wir freuen uns sehr, dass wir folgende Referierende gewinnen konnten: **Julia Kramer**, die sich in der Kampagnenarbeit für atomare Abrüstung, im Zivilen Friedensdienst im Sudan und in der Solidaritätsarbeit zum Sudan engagiert hat und aktuell als Projektberaterin der Zivilen Friedensdienst-Projekte der *Kurve Wustrow* im Wendland arbeitet; **Paul Schobel** aus Böblingen, der als katholischer Priester einen sehr ungewöhnlichen Weg gegangen ist, unter anderem die Betriebsseelsorge mit gegründet hat und der Partei für mehr Gerechtigkeit ergreift und seine Kirche nicht vor Kritik verschont; **Clemens Ronnefeldt** aus Freising bei München, ist seit 25 Jahren Referent für Friedensfragen beim *deutschen Zweig des Internationalen Versöhnungsbundes* und reist häufiger mit Friedensdelegationen in Länder des Nahen Ostens, um Gespräche mit Vertreter/innen aus dem Bereich der Friedens- und Menschenrechtsarbeit zu führen.

Wie in den vergangenen Jahren, werden Gabriele Lang und Bernd Geisler wieder das Tagesprogramm musikalisch bereichern. Zudem gestalten sie das Abendprogramm mit Musik und gemeinsamen Singen. Ebenfalls im Abendprogramm mitwirken wird „Die Bläserei" Mariaberg, ein Ensemble, bestehend aus Holz- und Blechbläsern.

Als Hitler am 30. Januar 1933 zum Reichskanzler ernannt wurde, rief die KPD für den Folgetag reichsweit zum Generalstreik auf. Aber nur an wenigen Orten entstanden kleinere Aktionen. In Mössingen, einem Dorf am Fuße der Schwäbischen Alb mit etwa 4.000 Einwohnern und seinen kommunistischen Organisationen kam es zu einer Streikaktion mit über 800 Beteiligten. Die Streikenden versuchten am Nachmittag des 31. Januar 1933 die drei großen örtlichen Textilfabriken lahm zu legen. Am späteren Nachmittag wurde der Streikzug schließlich von der Reutlinger Bereitschaftspolizei aufgelöst. Es kam zu Verhaftungen und 80 Personen wurden wegen Landfriedensbruchs und Vorbereitung zum Hochverrat verurteilt. Am Sonntag, 15. Oktober 2017, besteht das Angebot, an einer Führung auf der Streikstrecke des 31. Januar 1933 teilzunehmen. Für diejenigen, die dann noch möchten, besteht anschließend das Angebot zu einer kleinen Wanderung.

Dem nächsten Rundbrief wird dann ein Flyer mit dem gesamten Programm dieses Wochenendes beiliegen.

Dringend gesucht werden zwei bis drei Personen, die während der Tagung tatkräftig an den organisatorischen Aufgaben im Hintergrund verbindlich mitarbeiten (Verpflegung, Küche, Räume herrichten usw.). Wer sich eine Mitarbeit vorstellen kann, soll sich bitte mit uns in Verbindung setzen.

Taten statt leerer Worte - Abzug statt Aufrüstung der Atomwaffen!

Als *Lebenshaus Schwäbische Alb* unterstützen wir die Petition „Taten statt leerer Worte - Abzug statt Aufrüstung der Atomwaffen!" Damit fordern wir die Bundesregierung auf, entsprechend dem Wunsch der überwältigenden Mehrheit der BundesbürgerInnen, die nukleare Aufrüstung in Deutschland zu verhindern, sich tatkräftig für den Abzug der Atomwaffen aus Büchel einzusetzen und diplomatische Schritte für ein Atomwaffenverbot zu unterstützen. Die Petition kann bis zum 15. September (vor den Koalitionsverhandlungen der neuen Bundesregierung) Online unterzeichnet werden. Dies ist möglich auf der Website https://www.friedenskooperative.de unter „Aktiv werden".

Unter derselben Internetadresse sind ebenfalls Informationen über eine Aktionspräsenz in Büchel zu finden, die am 26. März 2017 startet. Seit Jahrzehnten lagern in der Eifel auf dem Bundeswehr-Fliegerhorst Büchel US-Atomwaffen. Es soll alles dafür getan werden, was möglich ist, damit diese abgezogen und verschrottet werden. Deshalb wird zur Aktionspräsenz in Büchel aufgerufen: „20 Bomben - 20 Wochen".

Einladung zur Mitgliederversammlung

am Samstag, 9. April 2016 im *Lebenshaus* in Gammertingen
Beginn: 10 Uhr – Ende: ca. 12.30 Uhr

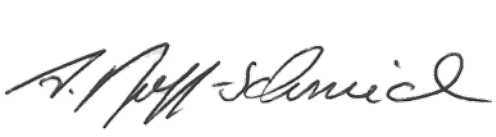
Liebe Mitglieder, liebe Freundinnen und Freunde des Lebenshauses,

unsere diesjährige Mitgliederversammlung wird eine gute Gelegenheit sein, sich unmittelbar von Vorstand und Aktiven über die Arbeit im vergangenen Jahr berichten zu lassen. Gleichzeitig besteht die Möglichkeit, im direkten Austausch über die Aktivitäten des Vereins zu reflektieren und über Inhalte sowie die zukünftige Arbeit zu diskutieren.

Seit Bestehen unseres Vereins ist wichtiger Bestandteil unserer Arbeit die Solidarität mit Menschen, die aus ihrer Heimat flüchten oder migrieren. Insbesondere durch die sogenannte „Flüchtlingskrise" im Jahr 2015 hat diese Thematik auch hierzulande eine erneute Brisanz erhalten. In der öffentlichen Debatte um Flucht und Migration wird dabei häufig unterschieden zwischen „guten Flüchtlingen" und „schlechten Flüchtlingen". Zwischen denen, die vor Krieg und Verfolgung fliehen und damit „gute Flüchtlinge" seien. Und denen, die aufgrund von Armut und Perspektivlosigkeit im Herkunftsland migrieren und deshalb als „schlechte Flüchtlinge" bezeichnet werden. Ist diese Unterscheidung aber hilfreich, um Hintergründe, Zusammenhänge und auch Wechselwirkungen von Flucht und Migration zu verstehen? Migrantinnen und Migranten, welche in der Flucht nach Europa ihre letzte Hoffnung sehen, dem eigenen Elend von Armut, Ausbeutung, Gewalt, Umweltkatastrophen und Chancenlosigkeit zu entfliehen, werden aufgrund viel zu weniger legaler Migrationsmöglichkeiten ins Asylsystem gedrängt, um dort dann häufig z.B. als „Armutsflüchtlinge" oder „Sozialschmarotzer" diffamiert zu werden. Lassen sich aber auf der Grundlage der Einteilung in „gute" und „schlechte" Migrationsgründe zukunftsfähige und menschenwürdige politische Konzepte entwickeln? Und wofür wollen wir als Lebenshaus eintreten? Auch darüber möchten wir bei unserer Versammlung nachdenken und diskutieren. Dazu ganz herzliche Einladung!

Im Anschluss an die MV besteht wie immer die Möglichkeit zum gemeinsamen Mittagessen (bitte hierfür unbedingt bis spätestens 4.5.2017 anmelden!). Ende des Treffens ca. 14 Uhr. Wir würden uns sehr freuen, möglichst viele Mitglieder, Freundinnen und Freunde zu treffen.

Herzliche Grüße





Februar 2016 — Axel Pfaff-Schneider (Vorsitzender) — Michael Schmid (Geschäftsführer)

Programm

10.00 Uhr **Mitgliederversammlung**

1. Begrüßung / Formalia
2. Rechenschaftsbericht des Vorstands
3. Bericht der Kassenprüfer
4. Aussprache zu den Berichten
5. Entlastung des Vorstands
6. Neuwahlen von Vorstand und Kassenprüfung
7. „Gute Flüchtlinge" - „Schlechte Flüchtlinge"
8. Verschiedenes: Wünsche, Anregungen, Mitteilungen

PS: Laut Satzung haben Mitglieder bei der MV Rede-, Antrags- und Stimmrecht, Fördermitglieder haben Rederecht

ca. 12.45 Uhr **Mittagessen**

Abschiebungen nach Afghanistan sind skrupellos und gefährden Menschenleben

„Afghanistan bleibt eines der gefährlichsten, gewalttätigsten und krisengeschütteltsten Länder der Welt." UNOCHA Jahresbericht „Humanitarian Needs Overview 2017"

Von Michael Schmid

Um zu wissen, wie unsicher es am Hindukusch zugeht, braucht man z.B. nur die jüngsten Berichte des Flüchtlingshochkommissariats der Vereinten Nationen (UNHCR) zur Situation in Afghanistan vom 22. Dezember 2016 und den am 6. Februar veröffentlichten UNAMA-Jahresbericht 2016 heranzuziehen. Die Vereinten Nationen zeichnen in beiden Berichten ein desaströses Bild der humanitären Situation in Afghanistan. Die Sicherheitslage am Hindukusch habe sich nochmals dramatisch verschlechtert. Insbesondere eine pauschale Einschätzung bestimmter Regionen Afghanistans als „*sichere und zumutbare interne Schutzalternative*" sei „*nicht möglich*". Insgesamt sind laut UN-Berichten im vergangenen Jahr 11.418 Unbeteiligte getötet oder verletzt worden – drei Prozent mehr als 2015. Die Zahl der Verletzten sei um sechs Prozent auf 7.920 Menschen gestiegen. 3.498 seien getötet worden, jede*r dritte Tote sei ein Kind. Dazu kommt noch die dramatisch steigende Zahl von mindestens 1,5 Millionen Menschen als Binnenvertriebene auf der Flucht. Hunderttausende, die in die Nachbarländer Pakistan und Iran geflohen waren, werden derzeit gnadenlos zurückgedrängt.



Informationsveranstaltung im Lebenshaus für afghanische Geflüchtete, um darüber aufzuklären, welche Ergebnisse bei ihrem Asylantrag möglich sind. Gleichzeitig wurde ihnen angeboten, sie bei ablehnendem Bescheid auf dem Klageweg zu unterstützen.

Der UNHCR äußerte in dem vom Bundesinnenminister angeforderten Bericht zudem ernste Bedenken an der im Jahr 2016 gegenüber dem Vorjahr gesunkenen Schutzquote für Afghan*innen in Deutschland, die in auffälligem Kontrast zur Lage am Hindukusch steht.

Dennoch wurde unter Federführung des Bundesinnenministers im Dezember mit Sammelabschiebungen nach Afghanistan begonnen. Mit zwei Charterflugzeugen waren im Dezember 34 und Januar 26 afghanische Flüchtlinge von Frankfurt/Main nach Kabul deportiert worden. Entgegen den Erkenntnissen der UN und zahlreicher anderer Afghanistan-Experten behauptet die Bundesregierung eisern, es gebe in Afghanistan durchaus Gebiete mit einer Sicherheitslage, die Rückführungen von abgelehnten Asylbewerbern erlaube. Das sehe auch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) so, das nur etwa 50 Prozent der afghanischen Antragsteller einen Aufenthaltsstatus in Deutschland gewähre, behauptet Bundeskanzlerin Merkel. Dabei unterschlägt sie allerdings, dass die Bundesregierung das BAMF unter Druck setzt, möglichst viele Asylanträge von Afghaninnen und Afghanen abzulehnen. So wird ein Schuh daraus, wenn Frau Merkel ihre Behauptungen von angeblich sicheren Fluchtalternativen mit dem Ergebnis ihrer eigenen inhumanen Politik untermauern möchte!

Innenminister de Mazière, der den gnadenlosen Hardliner in Sachen Abschiebungen ins Bürgerkriegsland Afghanistan gibt, antwortet auf die Feststellung, dass das ja kein sicheres Land sei: „*Interessanterweise haben ja gerade zehn Länder mit grüner Regierungsbeteiligung vor kurzem beschlossen, dass Afghanistan nicht ausgenommen werden soll. Rheinland-Pfalz sagt, wir wollen das nicht so gerne, aber mit Straftätern doch. Ja, aber wenn es unsicher ist, dann kann ich doch auch nicht Straftäter in ein unsicheres Land schicken. Das passt alles nicht zusammen.*" (ARD-Morgenmagazin vom 9.2.17) Mit dieser Anmerkung hat er recht. Allerdings war er es höchst persönlich, der nach dem Berliner Anschlag solch enormen Druck machte, dass die Landesgrünen glaubten, sich diesem Ansinnen beugen zu müssen. Das bekommen sie jetzt zurück. Dies ist nur ein kleines Beispiel dafür, von welchem Zynismus der Innenminister bei seinem skrupellosen Abschiebungskurs getrieben ist. Jedenfalls verleugnet die Bundesregierung mit

Lebenshaus Schwäbische Alb hat mit zu einer Kundgebung und Demonstration in Tübingen aufgerufen. Motto: „Keine Abschiebungen nach Afghanistan! Gegen Krieg und Terror - überall!".



ihrem Konstrukt „*sicherer afghanischer Regionen*“ völlig die Realität und redet die Lage schön.



Abschiebungen nach Afghanistan sind angesichts der dortigen Verhältnisse ein völlig gnadenloses, inhumanes und rechtswidriges Unterfangen. Doch Innenminister de Mazière bleibt dabei: „*Afghanistan ist die zweit- oder drittgrößte Gruppe. Wir haben dort viele Anerkennungen, aber auch viele Ablehnungen. Und wenn nach Ablehnungen der Verwaltungen, nach den Entscheidungen der Gerichte, nach Befassung der Härtefallkommissionen nun gesagt werden kann, diese Menschen müssen Deutschland verlassen - oft auch Straftäter -, dann geht das auch nach Afghanistan.*“ (ARD-Morgenmagazin vom 9.2.17)

Bei so viel eiskalter Härte ist nicht anzunehmen, dass die Bundesregierung durch Berichte darüber zur Neubesinnung kommen würde, beim Anschlag auf den Obersten Gerichtshof in Kabul am 7.2. sei ein am 23.1. aus Deutschland abgeschobener afghanischer Flüchtling verletzt worden. Die Bundesregierung wird wohl trotzdem weiter behaupten, Kabul sei sicher.

Warum ist es aber gerade Afghanistan, das so sehr zur Zielscheibe für knallhartes Durchgreifen mit Abschiebungen geworden ist?

Wir haben 2017 Bundestagswahlen und die Bundesregierung möchte Durchsetzungsfähigkeit beweisen angesichts des sich ausbreitenden Rechtspopulismus. Abschreckung, Abschiebungen und Abschottung eignen sich dafür aus ihrer Sicht offensichtlich besonders gut. Für den Innenminister macht es schon die pure Quantität abgelehnter afghanischer Schutzsuchender „reizvoll“, gerade hier Härte zu demonstrieren.

Dazu kommt aber weiter, dass es überhaupt nicht ins schöngeredete deutsche Bild vom erfolgreichen langjährigen Afghanistan-Einsatz passt, wenn nun derartig viele Menschen von dort hierzulande auftauchen und um Schutz nachsuchen. Entsprechend machen deutsche Politiker wie Innenminister de Mazière Stimmung mit populistischen Slogans wie: Afghanistan habe genug Hilfe bekommen und müsse jetzt allein klar kommen. Dass das aber nicht klappt, hängt damit zusammen, dass Afghanistan seit Jahrzehnten Schauplatz globaler Stellvertreter-Kriege ist, welche die Möglichkeiten des Landes zerstört haben, sich selbst zu helfen. Doch wer von den Befürwortern des „Krieg gegen den Terror“ und dem Bundeswehr-Einsatz am Hindukusch möchte das desaströse Scheitern schon eingestehen?



Christian Jacob macht diese Zusammenhänge in einem Kommentar in der taz vom 26.1.17 deutlich: „*Das Signal an die Afghanen soll sein: Ihr habt hier keine Perspektive. Genau deshalb dürfte ihnen auch seit Langem der Zugang zu den Integrationskursen verweigert werden. Der Grund für die Härte, darauf deuten Äußerungen der Bundesregierung hin, ist in der Außenpolitik zu suchen. Der vor 15 Jahren begonnene Bundeswehreinsatz in Afghanistan verlief desaströs. Er soll rund 3,6 Milliarden Euro gekostet haben, 41 deutsche Soldaten und Polizisten wurden getötet – und die Lage in Afghanistan ist heute desolater denn je. Eine schlechtere Empfehlung für weitere Kriegseinsätze gibt es kaum – es sei denn, es gelingt, das Bild des Einsatzes nachträglich zu verbessern.*

Genau dazu sollen die Abschiebungen offenbar dienen: Je mehr Abschiebeflüge in Kabul landen, desto leichter kann behauptet werden, dort sei es sicher, sonst würde schließlich nicht abgeschoben werden. Mit diesem Zirkelschluss sollen die Abschiebungen das Scheitern der Bundeswehr kaschieren. Dafür bezahlen müssen die Flüchtlinge: Was in Afghanistan aus ihnen werden soll, weiß niemand.“

Was tun? Solidarität mit afghanischen Geflüchteten

In Gammertingen gibt es eine ganze Gruppe junger Afghanen, die aus ihrem von Krieg und Konflikten zerrütteten Land nach Deutschland geflohen sind. In den vergangenen Wochen haben vier von ihnen ihren Bescheid vom BAMF zu ihrem Asylantrag erhalten. Und alle vier Asylanträge wurden jeweils abgelehnt, verbunden mit der Aufforderung, Deutschland innerhalb von 30 Tagen zu verlassen. Man kann sich unschwer ausdenken, in welche Schrecken diese Menschen damit versetzt werden, die bei einer Rückkehr in ihr Heimatland um ihr Leben fürchten müssten. Die zwangsweise Ausreise innerhalb von 30 Tagen kann allerdings durch eine Klage abgewendet werden. Wir unterstützen sie dabei, indem wir kompetente Fachanwälte vermitteln und diesen für die Klagebegründung zuarbeiten. Weil durch die Klage die Aufforderung zur Ausreise zunächst hinfällig wird, gibt es bei diesem Personenkreis keinen unmittelbaren Grund

zur Panik. Dennoch kann man sich leicht ausmalen, welche Ängste bei afghanischen Geflüchteten bei jeder weiteren eingehenden Ablehnung eines Asylantrags ausgelöst werden.

Ein wichtiger Teil unseres Engagements besteht deshalb in der Information über diese unmenschliche Flüchtlingspolitik, mit der Menschen, die hier Zuflucht suchen, wieder in Krieg und Terror zurück gezwungen werden! Auf unserer Internetseite erscheinen hier Woche für Woche zahlreiche Artikel. Zudem veröffentlichen wir auf unserer Website viele Handlungshinweise, weil wir neben Aufklärung Proteste für sehr wichtig ansehen. Wir führen Protestaktionen durch bzw. beteiligen uns daran. So etwa in Form von Protestbriefen und Online-Petitionen an die Bundes- und Landesregierung und an Parteienvertreter*innen. Sei es durch die Teilnahme an einer Protestaktion in Tübingen oder der Organisation einer Kundgebung in Gammertingen anlässlich der dritten Sammelabschiebung nach Afghanistan am 22. Februar.

Was erforderlich ist, hat Ernst-Ludwig Iskenius, IPPNW, sehr gut auf den Punkt gebracht: *„Angesichts des ungeheuerlichen Unrechts, das mit diesen Sammelabschiebungen geschieht, sollten wir unsere Stimme der Vernunft solange weiter verbreiten, solange Protest in unserem Umfeld organisieren, sensibilisieren und auch solange den Widerstand weiter organisieren, bis wir einen Abschiebestopp als Zivilgesellschaft durchgesetzt haben. Wir haben die Chance, dieses Unrecht zu stoppen, wir haben auch im Interesse der Erhaltung unserer offenen Gesellschaft und im Interesse der Bewahrung unserer menschlichen Willkommenseinstellung keine andere Wahl. Werde jeder auf seine Weise aktiv.“*



Im Folgenden berichtet Katrin Warnatzsch in ihrem Artikel über ganz praktische Einzelfallhilfe, welche u.a. die Vorbereitung für das Interview im Asylverfahren, die Beratung nach dem Bescheid durch das BAMF und die Unterstützung auf dem Klageweg nach abgelehnten Bescheiden sowie ebenfalls die Suche und Bewerbungen für Ausbildungsplätze umfasst. Wir lassen dann zwei afghanische Geflüchtete mit ihren Geschichten zu Wort kommen. Beispielhaft für zahlreiche weitere Schreiben an andere Politiker*innen und Parteien dokumentieren wir einen Protestbrief, den wir an Bundeskanzlerin Merkel geschrieben haben. Thomas Nowotny berichtet vom Schicksal eines nach Afghanistan Zwangsabgeschobenen und von „alternativen Fakten“ zu den Abschiebungen nach Afghanistan.

Wege suchen und sich voran tasten

Von Katrin Warnatzsch, Sozialer Friedensdienst im Lebenshaus

Ein frisch verheiratetes Paar aus Afghanistan, getrennt durch die Unterbringung in Unterkünften an unterschiedlichen Orten, verbringt ein Wochenende im Lebenshaus. Wir führen lange und intensive Gespräche, sortieren ihre Wünsche und Möglichkeiten. Klären die bevorstehende Anhörung der Frau für ihren Asylantrag, tasten uns durch die Sprachen, essen zusammen. Wir finden schnell zu Nähe, Vertrautheit und Fröhlichkeit, als würden wir uns längst kennen.

„Ich liebe es, Handarbeiten anzufertigen. Taschen und Decken habe ich hergestellt, Kleidungsstücke geändert und jemand hat mir eine Nähmaschine geschenkt. Ich lerne, Reißverschlüsse einzunähen. Winzige filigrane Arbeiten mit Garn und Kreuzstichverzierungen sind leicht und es macht mir Spaß. Ich brauche nur Stoff, Wolle und Garn und einen Auftrag. Kann ich eine Arbeit finden?“

Vor Menschen mit so viel Mut, die so viel bereits hinter sich haben und weiter Pläne machen und sie umsetzen wollen, habe ich großen Respekt. Wie leicht ist es doch in unserer satten Welt, ein wenig zu teilen, ein wenig zu geben, ein wenig zusammenzurücken. Und wie voll ist das Glück, das aus den Augen der anderen leuchtet, nur für diese Begegnungen. Ansteckend und beglückend.

Um Zeit und Ruhe zu haben, den Geflüchteten gut zuzuhören, habe ich ein kleines Zimmer unter dem Dach des Lebenshauses eingeräumt für Besprechungen, PC-Arbeit und um zu informieren. Viele Stunden verbringe ich dort, die Zeit reicht eigentlich nie. Einige der hier lebenden Männer haben nun einen ablehnenden Bescheid auf ihr Asylbegehren erhalten. Sie haben mit Hilfe unserer Rechtsanwälte Klage dagegen erhoben, denn es erscheint unvorstellbar, zurück nach Afghanistan geschickt zu werden. Dort gibt es nirgendwo Sicherheit. Deswegen ist es allerdings nötig, mit den betroffenen Menschen ihre Fluchtgeschichte noch einmal ganz genau zu rekonstruieren, damit die Klage gegen die Ablehnung gut begründet werden kann.

Wir beginnen mit dem Tag, an dem schließlich das Haus in der Heimat verlassen wurde, beschreiben die damalige Umgebungssituation, in der man lebte. Manchmal stellt sich jedoch der letzte Tag zuhause als Endpunkt einer Kette von Ereignissen dar, die sich teilweise seit Jahren aufgetürmt hatten. Schließlich führten sie zu einer lebensbedrohenden und ausweglosen Situation, in der es ganze Familien als alternativlos ansahen, dass z.B. der Sohn das Land verlassen müsste, um sein und oft das Leben der ganzen Familie zu retten.



Katrin Warnatzsch mit afghanischen Geflüchteten bei einer Protestveranstaltung in Tübingen gegen Abschiebungen nach Afghanistan.

In vielen Fällen werden die Familien bedroht, weil sie Söhne haben, die zum Dienst in einer radikalen gewalttätigen Gruppe rekrutiert werden sollen. Weigern sich die jungen Männer, werden sie eingeschüchtert, mit dem Tod bedroht, die Familien erpresst und gelingt die rechtzeitige Flucht nicht, dann gibt es in vielen Fällen Tote. Auch werden den jungen Männern sogenannte religiöse Verfehlungen unterstellt, indem ihnen Kontakt mit jungen Frauen vorgehalten wird, und sei dieser nur per Handy gewesen. Daraufhin werden sie mit dem Tod bedroht, dem Mädchen droht Steinigung, es gilt als nicht mehr zu verheiraten, hat also seine „Ehre“ verloren. Total verängstigt und einsam müssen sich die jungen Männer in die Fremde aufmachen, oft können sie den Kontakt zu ihren gefährdeten Familien gar nicht aufrechterhalten, sie schämen sich, sie haben auch in Deutschland Angst vor der Verfolgung durch hier lebende Landsleute.

Das ist nur eine unzureichende Aufzählung der Gründe für die Flucht, aber sie begegnet mir doch immer wieder. Ethnische und religiöse Zugehörigkeiten spielen eine große Rolle, die daraus entstandenen Verfolgungen betreffen oftmals ganze Dörfer und Gruppen. Den Fluchtweg zu beschreiben, die Erfahrungen von Kälte, Hunger, Obdachlosigkeit, Angst und Lebensbedrohung auf dem Wasser und vor Grenzanlagen, das ist ebenfalls eine traurige und anstrengende Erzählung. In Bulgarien, ein Durchreiseland mit erschreckenden Bedingungen, lebt eine Frau namens Leyla, die unter Lebensgefahr vielen Geflüchteten Obdach und Essen gewährt hatte. Es wäre schön, könnte man sie ausfindig machen und sich bedanken, sagte mir ein Überlebender. Ebenso haben einzelne Menschen auf griechischen Inseln Bootsflüchtlinge aus Lebensgefahr gerettet, deren Dankbarkeit kann ich direkt vor meinem geistigen Auge sehen. Wären nicht unterwegs viele einzelne Lebensretter*innen an den unterschiedlichsten Stellen gewesen, hätten viele der vor mir Sitzenden Deutschland nicht erreicht.

Das sich Erinnern an z.B. Namen und ethnische Zugehörigkeiten von Tätern und Opfern, Ortsnamen und Daten, das alles soll wichtig sein, um sich als Klagender gegen die Bundesrepublik Deutschland Gehör und Anerkennung zu verschaffen. Die Geflüchteten sind in der Beweispflicht. Deshalb ermutige ich sie in unseren Gesprächen, sich auch an traumatisierende Ereignisse zu erinnern. Dabei kämpfen sie um ihre Fassung und die Wahrheit, so dass auch Tränen fließen. Es entstehen schwierige emotionale Situationen, die Trauer und Hilflosigkeit auslösen können. Immer wieder auch großes Unverständnis dafür, dass die Einzelheiten der Flucht erneut so genau erinnert werden sollen, wo es doch solche Mühe macht, nicht ständig von der Erinnerung bedrängt zu werden. Ich würde ihnen das sehr gerne alles ersparen. Aber ohne solche detaillierten Angaben stehen ihre Chancen auf ein Bleiberecht noch schlechter.

Trotz allem dann wieder aufzutauchen, sich klar zu machen dass die heutige Wirklichkeit in relativer Sicherheit stattfindet, dass es keine unmittelbare Bedrohung gibt, das ist meine Aufgabe und wichtig. Auch zu erkennen, wann es notwendig erscheint, noch weitere Hilfe zu suchen, damit Depression und Angst nicht lebensbestimmend werden.

Auch aus dem kleinen westafrikanischen Staat Gambia haben einige wenige Menschen Europa und sogar Gammertingen erreicht. Das Milieu, aus dem sie kommen, ist mir kaum nachvollziehbar. Armut, Hunger und z.B. keinerlei Rechte von Kindern, die ohne Eltern aufwachsen, fehlende Strukturen für soziale Arbeit, usw. Beobachten kann ich, wie einer der Männer sich in unserem Ort bewegt: glücklich strahlend, das Fahrrad für alles nutzend, freundlich anhaltend, um ein paar Worte zu wechseln, die er gelernt hat. Doch beim genaueren Kennenlernen sehe ich die tiefe Traurigkeit hinter seinem Lachen, seine Zurückhaltung, seine Unsicherheit, aber auch seine übergroße Dankbarkeit, hier sein zu dürfen und nicht bedroht zu sein. Wie sein Wesen aufgeht, sobald ich auf ihn zugehe, als würde ich nur durch diese kleine Geste schon Weihnachten einläuten, das macht mich nachdenklich. Als er nun begann, mir seine Lebensgeschichte zu erzählen, wird mir klarer, dass er Mitgefühl als etwas ganz Unverdientes wahrnimmt. Unter all den aus Kriegsgebieten Geflüchteten übersehen wir leicht die Menschen aus Afrika, die teilweise aus ganz anderen Gründen ihre Heimat verlassen haben: Armut, Perspektivlosigkeit, Auswirkungen des globalen Handels, Folgen des Klimawandels. Die Sicherheit, in der er sich hier

wähnt, trügt: die Chancen auf ein Bleiberecht sind aufgrund unseres restriktiven Asyl- und Aufenthaltsrechts schlecht. Wir müssen gemeinsam dafür kämpfen, dass solche Menschen eine Heimat bei uns finden. Es gibt bereits eine interessierte Firma, die den Gambier sehr gerne ausbilden würde, weil er motiviert und sehr lernwillig ist.

Eine junge Frau, geboren in unserm Landkreis, deren Eltern damals vor den Balkankriegen geflohen und hier bei uns gelandet sind, sucht Unterstützung bei der Berufswahl. Sie hat sich, lange Jahre mit unserer Unterstützung, ein gutes Zeugnis erarbeitet und kommt nun zu dem für alle überraschenden Ergebnis und Wunsch, dass sie Zollbeamtin werden möchte. Dafür ist sie bereit, sportlich zu werden und Deutsche, noch ein Jahr Berufskolleg zu machen, einen Job fürs Wochenende zu finden, um den Führerschein zu finanzieren.... Einen Nachmittag lang haben wir intensiv gesucht und sortiert, wie es gehen könnte. Und strahlend ging sie nach Hause, ermutigt und mit erfreuten Eltern. Es tut gut, junge Menschen frohen Mutes ihre Zukunft anpacken zu sehen, auch wenn es sicher noch große Steine zu beseitigen geben wird.



11 Paar Laufschuhe organisieren, um für junge afghanische Männer den Startschuss für einen von Michael geleiteten 10-wöchigen Laufkurs zu geben, das war eine kleine Herausforderung. Die Männer wollen sich mit einem Eigenanteil an den Kosten beteiligen, den Rest finanziert das Lebenshaus aus Spendengeldern. Michael bietet dieses Bewegungstraining an, weil regelmäßiges Ausdauertraining nachgewiesenermaßen einen ganzheitlichen Einfluss auf Körper und Seele hat. So können durch regelmäßiges Laufen unter anderem folgende körperlich-psychische Störungen und Beschwerden deutlich erleichtert oder ganz gebessert werden, etwa Nervosität und Unruhe, Kopfschmerzen und Migräne, leichtere Depressionen, Angstzustände und Panikattacken, etc. Alles Beschwerden, unter denen geflüchtete Menschen aufgrund vielfacher Belastung in ihrer Heimat, auf der Flucht und angesichts der unsicheren Lebensperspektive leiden. Hoffen wir, dass auch hier der Frühling sich bald blicken lässt und die Bedingungen Lust machen auf Bewegung. Und zudem eine erlernbare Form der Bewegung eintritt, die sie nicht an Flucht erinnert, sondern gesund und genussvoll ist.

Katrin Warnatzsch hat aufgeschrieben, was einige afghanische Geflüchtete ihr erzählt haben. Zwei Berichte veröffentlichen wir nachfolgend mit deren Zustimmung.

Aus dem Land der aufgehenden Sonne - Khorasan



In Afghanistan gibt es viele Berge und 34 große Städte, z.B. Kabul, Mazar-e-Sharif, Herrat, Kandahar. Afghanistan hat eine 5000 Jahre alte Kulturgeschichte. Der erste Name des Landes war Aryana, der zweite Khorasan. Es gibt eine große Wüste und sehr viel Trockenheit. Die Temperaturen sind etwas milder als in Deutschland, in den Bergen gibt es Schnee.

Heute gibt es in Afghanistan 35.000.000 Einwohner. Insgesamt waren bis Ende 2016 mehr als 1,7 Millionen Menschen innerhalb Afghanistans auf der Flucht.

Früher gab es einen König, sein Name war Ahmad Shah Dorani. Inzwischen haben wir einen gewählten Präsidenten Aschraf Ghani Ahmadsai.

Seit fast 40 Jahren herrscht Krieg in unserem Land. Zuerst sind die Russen gekommen, weil sie unsere wertvollen Bodenschätze nehmen wollten (Öl, Gold, Silber, Gas). Danach wollten die USA dasselbe. Inzwischen ist auch Europa und Deutschland in unser Land gekommen, weil sie viele Waffen verkaufen können. Aber Deutschland will auch helfen, mit Schulen und Aufbau der Demokratie und Wirtschaft. (z.B. mit Entwicklungszusammenarbeit und der GIZ).

In Afghanistan gibt es 4 Bevölkerungsgruppen: Hazara, Uzbeken, Tajiken, Pashtunen. Die größte Gruppe sind die Pashtunen. Unsere Sprachen sind dari und pashtu. In der heutigen Regierung sind alle 4 Gruppen anteilig vertreten.

Ich bin 25 Jahre alt, verheiratet und habe in Sare Pol an der Universität 2 Jahre lang studiert. In meiner Stadt hatte ich eine gute Arbeit in einem Büro der GIZ (deutsche Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit). Diese Firma trainiert z.B. die Polizisten, um ihnen demokratische Strukturen zu erklären. Sie arbeitet mit der Regierung zusammen, um Material und Wissen zu verkaufen.

Die ganze Zeit schon hatte ich Probleme mit den Taliban, weil ich mit dieser ausländischen Firma gearbeitet habe. Sie haben mir gedroht, mich zu erschießen, wenn ich nicht mit

dieser Arbeit aufhöre. Die Taliban verbieten den Kontakt mit Ausländern, sie bezeichnen Ausländer als Terroristen und wollen, dass wir nur mit Muslimen zusammenarbeiten. Die Taliban sind sehr gewalttäig, sie wollen z.B., dass alle Frauen und Mädchen zuhause bleiben und keine Schule besuchen.

Eine andere Gruppe ist der IS, der sich als Terrorgruppe auch in Afghanistan ausbreitet. Sie töten viele Ausländer und Soldaten, sowie die Minderheit Hazara, die sie ganz auslöschen wollen. Die Hazara sind eine gebildete Bevölkerungsgruppe, die mit der Regierung zusammenarbeitet und für Frieden ist.

Ich möchte meinen Fluchtweg beschreiben: In der Woche meiner Flucht haben die Taliban eine Woche lang meine Stadt beschossen. Ich musste mit meiner Familie in eine andere Stadt fliehen, wie alle Zivilpersonen. Ich bin nach Pakistan mit einem kleinen Auto gebracht worden, dann nach Iran zum Teil zu Fuß, von dort in die Türkei, wo ich Jamshid getroffen habe, und nach Griechenland (Lesbos). Wir sind mit einem kleinen Schlauchboot ungefähr 11 Stunden auf dem aufgewühlten Meer gefahren. Das Boot hatte Platz für 20 Personen, wir waren 80 Leute, alte Frauen und Kinder sind gestorben, weil es sehr kalt war. Wir haben Glück gehabt, vor uns und nach uns sind viele Menschen auf dem Wasser gestorben. Von Griechenland aus bin ich durch Mazedonien, Serbien, Kroatien und Österreich gekommen. In Deutschland bin ich am 28.1.2016 in München angekommen und von dort nach Meßstetten verteilt worden. Seit Februar 2016 lebe ich in Gammertingen.

Aryana hieß mein Land

Ich bin 27 Jahre alt und in der Stadt Ghazni/Afghanistan geboren. Ich hatte einen älteren Bruder, der vor 3 Jahren von den Taliban getötet wurde, und zwei Schwestern. Mein Vater starb an einem Herzversagen, weil mein Bruder getötet wurde. Meine Schwestern und die Mutter leben in Ghazni in einem Haus.

Ich bin 12 Jahre in die Schule gegangen und danach habe ich bei der Polizei in Kabul eine Ausbildung gemacht, weil ich meinem Land helfen wollte, Frieden zu finden. Danach arbeitete ich 1,5 Jahre in Ghazni und habe genug Geld verdient, um meiner Familie zu helfen.

Die Taliban in der Region Ghazni wussten, dass ich als Polizist mit der Regierung zusammenarbeitete. Sie haben zu meinem Vater gesagt: „Wir wissen, dass dein Sohn Polizist ist. Sag ihm, dass er mit dieser Arbeit aufhören soll, sonst töten wir ihn." Sie schickten mir einen Brief mit der Drohung, den ich bis heute bei mir habe. Ich habe das nicht beachtet und noch 2 Wochen weiter gearbeitet.

Mein Bruder ist innerhalb der Stadt Taxi gefahren, was die Taliban wussten. Die Taliban stoppten seinen Wagen und entführten ihn. Wir haben ihn erst nach 4 oder 5 Tagen getötet wiedergefunden. Mein Vater hat das nicht überlebt.

Als ich damals von der Arbeit nach Hause kam, musste ich die Beerdigung für beide organisieren. Meine Mutter sagte dabei zu mir: „Du musst weg gehen, die Taliban werden dich sonst auch töten!"

Weil die Taliban überall in Afghanistan aktiv sind und Informationen über alle Menschen haben, die mit der Regierung zusammenarbeiten (sie haben unsere Fingerabdrücke), bin ich nirgendwo im Land sicher. Außerdem gehöre ich zur Minderheit der Hazara und bin shiitisch, wir werden von den Taliban verfolgt und getötet.

Ich habe ein paar Sachen gepackt, meinen Pass und Geld mitgenommen und bin nach Kabul mit einem Taxi gefahren. In Kabul habe ich für Geld ein Visum nach Iran bekommen. Mit einem Flugzeug bin ich nach Teheran geflogen, weil alle Überlandstraßen von den Taliban kontrolliert wurden. In Teheran habe ich einen Schlepper bezahlt, der mich mit 6 anderen Personen zusammen mit dem Auto in die Nähe der Grenze zur Türkei brachte, dann mussten wir zwei Tage und zwei Nächte zu Fuß laufen. Wir hatten nichts zu essen und zu trinken, deshalb haben wir Schnee gegessen. Meine Füße waren ganz blau.



Der Schlepper hatte ein Gewehr und bedrohte und schlug uns, wenn wir um Essen baten. Wir waren über 180 Menschen, auch Frauen und viele Kinder.

In der Türkei habe ich Ahmad getroffen. Wir haben Kinder und Frauen über die Berge und den Schnee getragen. Viele Leute sind gestorben. Ich habe einen kleinen Jungen gefunden, der ganz alleine war. Ich habe ihn mitgenommen in die Türkei. Dort hörte ich in dem Haus, in dem wir unterkamen, eine Frau laut weinen. Sie suchte ihr Kind und ich konnte die beiden zusammenbringen.

Mit einem Schlauchboot bin ich mit 70 Menschen zusammen nach Griechenland gekommen, 7 Stunden waren wir auf dem Meer. Nach einiger Zeit mit ruhiger See kamen plötzlich hohe Wellen und der Motor fiel aus. Wir konnten ihn reparieren und landeten auf einer Insel (Metilini). Die Frauen und Kinder saßen in der Mitte im Boot, eine Frau wurde ohnmächtig. Aber alle konnten aussteigen. Wir schliefen 3 Tage im Zelt, bis wir nach Athen mit einem großen Schiff und dann mit dem Bus weiter nach Mazedonien kamen. Über Serbien, Kroatien und Österreich kamen wir nach München. Ende Januar 2016 war ich dann in Deutschland, zuerst in Meßstetten. Seit Februar 2016 lebe ich in Gammertingen.

Bundeskanzleramt
Bundeskanzlerin Angela Merkel
Willy-Brandt-Straße 1
10557 Berlin
Fax 03018 400-2357

23.01.2017

Keine Abschiebungen nach Afghanistan!

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

wir appellieren an Sie, geplante Sammelabschiebungen nach Afghanistan nicht zu vollziehen. Abschiebungen in ein von Krieg und Konflikten zerrüttetes Land muten skrupellos an und gefährden Menschenleben. Das wird erneut durch einen aktuellen Bericht des Flüchtlingshilfswerks UNHCR bestätigt.

Das UN-Flüchtlingshilfswerk widerspricht in seinem Bericht der Behauptung der Bundesregierung, Afghanistan sei sicher genug, um dorthin Flüchtlinge abzuschieben. Das „gesamte Staatsgebiet Afghanistans" sei „von einem innerstaatlichen bewaffneten Konflikt" betroffen. „Aufgrund der sich ständig ändernden Sicherheitslage" könne man gar nicht zwischen sicheren und unsicheren Regionen in dem Bürgerkriegsland entscheiden.

Der UNHCR-Bericht bestätigt die Einschätzung, dass Afghanistan für Geflüchtete nicht sicher ist. Faktisch gab es 12 Jahre lang keinen größeren Abschiebeflug nach Afghanistan mehr. Aber gerade zum Zeitpunkt einer sich stetig verschlechternden Sicherheitslage beginnen die Bundesregierung und einige Landesregierungen mit Abschiebungen. Am 14. Dezember 2016 wurde der erste Sammelcharter vom Flughafen Frankfurt am Main mit Ziel Kabul gestartet. Es verdichten sich Hinweise, dass eine weitere Sammelabschiebung unmittelbar bevorsteht.

Dabei trägt Deutschland gerade Menschen aus Afghanistan gegenüber, die bei uns Schutz gesucht haben, eine besondere Verantwortung. Denn die Bundesregierung beteiligte sich 2001 an der US-geführten Militärintervention in Afghanistan, die laut dem „Body Count" von IPPNW allein in den ersten zehn Jahren zu mehr als 220.000 Todesopfern führte. In vielen Teilen des Landes herrscht nach wie vor Krieg und Gewalt. Die Zivilbevölkerung leidet unter Gewaltakten und Terroranschlägen, die laut UN allein im vergangenen Jahr mehr als 11.500 Opfer gefordert haben.

Wir fordern einen sofortigen Abschiebestopp nach Afghanistan. Wir unterstützen ausdrücklich die Erwägung des schleswig-holsteinischen Innenministers für einen Abschiebestopp. Bundesregierung und Bundesländer müssen jetzt endlich die Fakten zur Kenntnis nehmen und ihre Politik neu ausrichten.

Aufgrund unserer persönlichen Kontakte zu Geflüchteten aus Afghanistan wissen wir, dass diese Menschen ständig in Angst leben, ihr Asylantrag könnte als unbegründet abgelehnt und sie in ein Land abgeschoben werden, aus dem sie vor Krieg, Terror, Verfolgung und Armut geflohen sind und in dem es keine Sicherheit gibt. Ein Abschiebestopp würde dazu beitragen, die Panik der Betroffenen zu vermindern.

Wir schließen uns den Forderungen von PRO ASYL zu einer grundlegenden Kehrtwende im Umgang mit afghanischen Flüchtlingen an. Das Bundesinnenministerium, die Landesinnenminister und das BAMF müssen die aktuellen Fakten zur Kenntnis nehmen und entsprechend handeln. Aufgrund der aktuellen Faktenlage müssen alle in der Vergangenheit abgelehnten Asylanträge neu überprüft werden. Schutzsuchenden aus Afghanistan sind faire Asylverfahren zu gewähren, in denen die rapide schlechter werdende Sicherheitslage und das individuelle Fluchtschicksal berücksichtigt werden.

Wir fordern, afghanischen Schutzsuchenden regelmäßig eine sichere Bleibeperspektive zuzusprechen und alle von Anfang an zu Sprach- und Integrationskurse zuzulassen.

Mit freundlichen Grüßen

Michael Schmid (Geschäftsführer)



Realität und alternative Fakten zu den Abschiebungen nach Afghanistan

Von Thomas Nowotny

„Ich dachte, ich hätte mich nach vielen Jahren an den Umgang mit Abgeschobenen gewöhnt und wäre von diesen Fällen nicht mehr so stark betroffen. Shams hat mich heute eines Besseren belehrt…“

Das schrieb Abdul Ghafoor, Direktor der AMASO (Afghanistan Migrants Advice & Support Organisation) nach seiner ersten Begegnung mit Shams Ahmadi am 04.02.2017. Der 24jährige war am 23.01.2017 aus Passau nach Kabul abgeschoben worden. Seit er dort 2009 als Polizeischüler in eine Sprengfalle geriet, leidet er an einer posttraumatischen Belastungsstörung. Sein Vater wurde von den Taliban ermordet, der Rest der Familie floh nach Pakistan. Er flüchtete über den Iran und die Türkei nach Deutschland und kam 2011 nach Passau. Im letzten Jahr hatte sich sein Gesundheitszustand stark verschlechtert, konnte aber durch einen Klinikaufenthalt stabilisiert werden.

Dies wurde durch die Abschiebung zunichte gemacht. Entgegen der Zusicherungen bekam Shams, bis auf 50 Dollar bei der Einreise, keine Unterstützung von offizieller Seite. Bei der Deutschen Botschaft in Kabul wurde er abgewiesen, als er um Hilfe bat. Klaus Peter Metzger, der ihn von Passau aus unterstützt, konnte ihm telefonisch die Adresse von AMASO durchgeben. Er schreibt:

> Heute am Sonntag, 5. Februar konnte ich wieder mit Shams telefonieren. Von Abdul, dem Leiter von „Afgh. Migrants Advice and Support Organisation“ (AMASO) in Kabul bekam er gestern Geld für das Nötigste, insbesondere für die dringend benötigten Medikamente. Das Geld streckt „AMASO“ vor, bis es aus den hier gesammelten Spendenmitteln nach Kabul transferiert ist.
>
> Aber Shams fand keine Apotheke, die die Medikamente hatte.
>
> Dazu kommt, dass es in Kabul sehr große Mengen geschneit hat! Shams sprach von zwei Metern Schnee! Nichts geht mehr in der Stadt und es ist für ihn umso schwerer eine Apotheke zu finden.
>
> Er versucht jeden Abend irgendwo unterzukommen, mal kann er bei einem Bekannten schlafen, mal auf der Ladefläche eines LKW, mal bleibt ihm nur die Straße.
>
> Das ist das Ergebnis der Deportation eines kranken Mannes durch unsere Behörden! Es ist eine Schande!





Mehrfach wurde sowohl vom stellvertretenden Leiter der zentralen Ausländerbehörde in Deggendorf, sowie vom Richter, der die Abschiebung nicht stoppte, am Abschiebetag auf unsere Proteste hin betont, dass für Shams gesundheitlich mit reichlich Medikamenten und dem Kontakt zu einem Krankenhaus gesorgt sei.

Nun ist Shams fast zwei Wochen abgeschoben in den Winter Afghanistans - obdachlos und immer noch ohne medikamentöse oder gar ärztliche Versorgung! Und er wird von Tag zu Tag kränker!

Soviel sind die Aussagen unserer Behörden wert!

Bundesinnenminister Thomas de Maizère (09.01.2017 an die Landesinnenminister):

> „Wichtig erscheint mir dabei vor allem, dass gewährleistet und sichergestellt ist, dass die nach Afghanistan zurückgeführten Personen bei ihrer Ankunft angemessen empfangen, aufgenommen und versorgt werden (…)
>
> Hierzu kann ich Ihnen mitteilen, dass die im Dezember 2016 von Deutschland nach Afghanistan zurückgeführten Personen bei ihrer Ankunft in Kabul vom afghanischen Flüchtlingsministerium, von IOM-Mitarbeitern, von der gemeinnützigen humanitären Organisation für psychosoziale Betreuung (IPSO) und von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Deutschen Botschaft und der Bundespolizei vor Ort in Empfang genommen und versorgt worden sind. Diese Betreuung wird für alle Rückführungsaktionen nach Afghanistan sichergestellt werden.“

Wer glaubt, „alternative Fakten“ wären eine Erfindung von Donald Trump, wird eines Besseren belehrt. Unser bescheidener Bundesinnenminister wendet dieses Prinzip seit langem an:

Fortsetzung nächste Seite

Realität und alternative Fakten zu den Abschiebungen nach Afghanistan

UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR (Bericht Januar 2017):

> „Ein pauschalierender Ansatz, der bestimmte Regionen...als sichere und zumutbare interne Fluchtalternative ansieht, ist nach Auffassung von UNHCR vor dem Hintergrund der aktuellen Situation in Afghanistan nicht möglich."



Auswärtiges Amt (Reisewarnung, Stand: 07.02.2017):

> „Vor Reisen nach Afghanistan wird dringend gewarnt.(...) In ganz Afghanistan besteht ein hohes Risiko, Opfer einer Entführung oder eines Gewaltverbrechens zu werden. Landesweit kann es zu Attentaten, Überfällen, Entführungen und andere Gewaltverbrechen kommen."

Bundesinnenminister Thomas de Maizère (09.01.2017):

> „Die Sicherheitslage in Afghanistan kann jedenfalls nicht als allgemein unsicher bezeichnet werden."

UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR (Bericht Januar 2017):

> Seit April 2016 hat sich die Sicherheitslage „insgesamt nochmals deutlich verschlechtert".

Bundesinnenminister Lothar de Maizère (15.12.2016):

> „Eine Verschlechterung der Sicherheitslage im gesamten Land kann nicht bestätigt werden."



UNAMA - Unterstützungsmission der Vereinten Nationen in Afghanistan (Bericht Februar 2017):

> Die Zahl der zivilen Opfer ist auf den höchsten Stand seit 2009 gestiegen (vom 01.01.-31.12.2016 wurden 3.498 Tote und 7.920 Verletzte registriert).

Bundesinnenminister Thomas de Maizère (15.12.2016):

> „Die von den Taliban verübten Anschläge richten sich... gerade nicht auf die Zivilbevölkerung".

Zeit online („Die kalte Rechnung des Innenministers", 17.11.2016)

> „Einen sachlichen Grund kann es deshalb kaum geben, warum seit 2016 weniger Menschen aus Afghanistan in Deutschland Schutz gewährt wird, obwohl gleichzeitig die Zahl der afghanischen Asylbewerber steigt. Aber es gibt einen politischen Grund.
>
> Thomas de Maizière hat ihn formuliert (…): ‚Unsere (...) Sorge ist im Moment in Europa die große Zahl der Flüchtlinge aus Afghanistan. Wir wollen, dass in Afghanistan das Signal ankommt: ‚Bleibt dort! Wir führen euch aus Europa (...) direkt nach Afghanistan zurück!' Sein Ziel sei es, dem Anstieg der Flüchtlingszahl aus Afghanistan ‚Einhalt' zu gebieten, wie es das Innenministerium auf seiner Website formuliert.
>
> Umsetzen müssen diesen Wunsch die Mitarbeiter des BAMF. Auf den Entscheidern laste erheblicher Druck, so viele afghanische Asylgesuche wie möglich abzulehnen, sagt der Mitarbeiter, der aus Angst anonym bleiben will: ‚Jeder Asylentscheid, der von den Vorgaben der Leitsätze abweicht, muss dem Vorgesetzten vorgelegt werden. Wenn man einem männlichen, alleinstehenden Afghanen subsidiären Schutz gewähren will, muss man schon mutig sein.'
>
> Kurz nach de Maizières Ankündigung wurden außerdem eben diese Leitsätze des BAMF für Afghanistan geändert. (…) Gleich auf den ersten Seiten der als Verschlusssache gestempelten Leitsätze hebt sich ein fett gedruckter Satz vom Rest des Textes ab: ‚Die grundsätzlichen Regelungen zu internen Schutzmöglichkeiten bei jungen, alleinstehenden und arbeitsfähigen Männern sind zu beachten.'„

Ich habe einen Traum

Ich hab einen Traum, wir öffnen die Grenzen
und lassen alle herein,
alle die fliehen vor Hunger und Mord,
und wir lassen keinen allein.

Wir nehmen sie auf in unserem Haus
und sie essen von unserem Brot,
und wir singen und sie erzählen von sich
und wir teilen gemeinsam die Not

und den Wein und das wenige was wir haben,
denn die Armen teilen gern,
und die Reichen sehen traurig zu -
denn zu geben ist ihnen meist fern

Ja wir teilen, und geben vom Überfluss
es geht uns doch viel zu gut,
und was wir bekommen, ist tausendmal mehr:
und es macht uns unendlich Mut.

Ihre Kinder werden unsere sein,
keine Hautfarbe und kein Zaun,
keine menschenverachtende Ideologie
trennt uns von diesem Traum.

Vielleicht wird es eng. Wir rücken zusammen,
versenken die Waffen im Meer,
wir reden und singen und tanzen und lachen,
und das Herz ist uns nicht mehr schwer.

Denn wir haben es doch immer geahnt
und wollten es nur nicht wissen:
was wir im Überfluss haben, das müssen
andere schmerzlich vermissen.

Ja wir teilen, und geben vom Überfluss,
es geht uns doch viel zu gut.
Und was wir bekommen ist tausendmal mehr
und es macht uns unendlich Mut.

Und die Mörderbanden aller Armeen,
gottgesandt oder Nationalisten,
erwärmen sich an unsren Ideen
und ahnen, was sie vermissten.

Ja ich weiß, es ist eine kühne Idee
und viele werden jetzt hetzen:
ist ja ganz nett, doch viel zu naiv,
und letztlich nicht umzusetzen.

Doch ich bleibe dabei, denn wird ein Traum
geträumt von unzähligen Wesen,
dann wird an seiner zärtlichen Kraft
das Weltbild neu genesen.

Ja, ich hab einen Traum von einer Welt
und ich träume ihn nicht mehr still:
es ist eine grenzenlose Welt
in der ich leben will.

Konstantin Wecker

Terminübersicht

13. März 2017 - 18:00 - 18:45 Uhr Stadtbrunnen in Gammertingen **Mahnwache: „Fukushima mahnt - Atomausstieg jetzt!"**. Veranstalter: Lebenshaus Schwäbische Alb e.V. Diese Mahnwache findet im Rahmen bundesweiter Mahnwachen anlässlich des 6. Jahrestags der Fukushima-Katastrophe statt. Infos im Internet: https://www.ausgestrahlt.de/mitmachen/jahrestag-fukushima/

15. März 2017 - 18:30 Uhr Holzmarkt Tübingen: ***„Mit Herz gegen Härte".*** Aufruf zum herzhaften Empfang von Landesinnenminister Thomas Strobl (CDU), der einen Vortrag zum Thema „Mit Herz und Härte - Grundlagen unserer humanen Flüchtlingspolitik" hält. Veranstalter: Bündnis Bleiberecht Tübingen, dem Lebenshaus Schwäbische Alb angehört.

16. März 2017 - 19:00 bis 21:30 Uhr in der Joseph Christian Gemeinschaftsschule Riedlingen: ***„Schulfrei für die Bundeswehr?!"*** Vortrag und Podiumsdiskussion zur Rolle des Militärs an baden-württembergischen Schulen. Eine Veranstaltung von pax christi, Diözesanverband Rottenburg-Stuttgart, Katholische Erwachsenenbildung Biberach, Evangelisches Bildungswerk Oberschwaben und Lebenshaus Schwäbische Alb.

15. April 2017 - Landesweiter Ostermarsch Baden-Württemberg in Stuttgart: „Verantwortung für den Frieden, nicht für den Krieg!" Veranstalter ist das Friedensnetz Baden-Württemberg. Lebenshaus Schwäbische Alb unterstützt den Ostermarsch.

17. April 2017 - 11:30 bis 15:15/16:20 Uhr ***Internationaler Bodensee-Friedensweg in Friedrichshafen: „Von der Kriegslogik zu einer Friedenskultur – unser Weg"*** mit UN-Korrespondent Andreas Zumach und weiteren Rednerinnen und Rednern. Programm: www.bodensee-friedensweg.org

6. Mai 2017 - 10:00 Uhr ***Mitgliederversammlung Lebenshaus Schwäbische Alb e.V.***

Impressum

Rundbrief des Lebenshaus Schwäbische Alb e.V.

Der Rundbrief erscheint vierteljährlich. Namentlich gekennzeichnete Beiträge entsprechen nicht unbedingt der Meinung der Redaktion.

Herausgeber

Lebenshaus Schwäbische Alb e.V.
Bubenhofenstr. 3
72501 Gammertingen
Tel.: 07574 / 2862
Fax: 07574 / 91110
www.lebenshaus-alb.de
info@lebenshaus-alb.de

Redaktion

V.i.S.d.P.:
Michael Schmid (ms),
Bubenhofenstr. 3,
72501 Gammertingen

Katrin Warnatzsch (kw)

Druck & Versand:
Knotenpunkt GmbH
Auflage: 700 Exemplare

Spendenkonto

GLS Bank eG
BLZ 430 609 67
Konto 802 333 4800
IBAN: DE36430609678023334800
BIC: GENODEM1GLS

Laut Bescheid des Finanzamtes Sigmaringen ist der Verein Lebenshaus Schwäbische Alb als gemeinnützig anerkannt. Für Mitgliedsbeiträge und Spenden ab 25 € werden steuerlich wirksame Bescheinigungen zu Beginn des folgenden Jahres automatisch zugestellt, für niedrigere Beiträge auf Anforderung.

LAYOUT & GESTALTUNG
ffuenf
büro für online-kommunikation

Die hoffnung

die hoffnung geht zu fuss
die hoffnung strampelt auf dem rad
die hoffnung fährt mit der bahn

die hoffnung guckt wolken nach
die hoffnung grüsst den mond
die hoffnung findet zeit

die hoffnung verteidigt igel und bäume
die hoffnung versteckt asylanten
die hoffnung kauft im drittweltladen ein

die hoffnung fällt und erhebt sich wieder
die hoffnung steigt über berge
die hoffnung durchschwimmt das meer

die hoffnung bleibt neugierig
die hoffnung entdeckt zusammenhänge
die hoffnung sucht verbündete

die hoffnung kann entbehren
die hoffnung weiß zu genießen
die hoffnung schürt das feuer der liebe

die hoffnung kann wütend werden
die hoffnung kann traurig sein
die hoffnung lacht subversiv

die hoffnung kämpft für das recht des andern
die hoffnung feiert und tanzt
die hoffnung macht zärtlich

die hoffnung hat nichts
die hoffnung will alles
die hoffnung betet um das reich gottes

Kurt Marti - war Schweizer Pfarrer und Schriftsteller, der am 11. Februar 2017 im Alter von 96 Jahren verstarb